Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 57 (1963)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : Raketen statt Brot ; Die Spaltung im Westlager ; Die Lage in der DDR ; Unbewältigte Vergangenheit ; USA-Neger - eine revolutionäre Kraft?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140760

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

P. Teilhard de Chardin: Der Göttliche Bereich. Übersetzt von Josef Vital Kopp. 207 Seiten. 1962. Walter-Verlag Olten.

In einem Brief aus Tientsin schreibt Teilhard de Chardin am 7. November 1926: «Ich habe mich entschlossen, mein Andachtsbuch zu schreiben: ich möchte die Art von asketischer oder mystischer Lehre, die ich seit so langer Zeit lebe und predige, so einfach wie möglich zusammenfassen. Ich werde es *Le Milieu divin* nennen, aber ich gebe acht, daß nichts Esoterisches hineingerät und nur das absolute Minimum an expliziter Philosophie. Mein Ziel ist, das Gebiet einer inneren Haltung nicht zu verlassen, die in ihrer Kraft dem unbestreitbarsten Christentum gleichkommt ... Ich habe mich an mein zukünftiges kleines Buch gemacht. Ich möchte es langsam, ruhig machen, indem ich es durchlebe und tief durchdenke wie ein Gebet.»

Endlich ist dieses «kleine Buch», das im Original erst 1957 gedruckt werden konnte, auch in deutscher Übersetzung erschienen und gibt dem deutschsprachigen Leser die Möglichkeit, die wissenschaftlichen Erkenntnisse Teilhard de Chardins in ihren religiösen Hintergrund zu stellen. Seine Gedanken zum Göttlichen Bereich, denen wir schon in einem Briefwechsel aus dem Ersten Weltkrieg begegnen, durchwirken sein ganzes Leben, hat er doch kurz vor seinem Tode erklärt, daß sich in den vielen Jahren seit der Niederschrift dieser inneren Schau, für ihn darin nichts geändert habe. Wie Teilhard im einleitenden Hinweis sagt, darf der Leser vor allem die Absicht nicht mißverstehen, in der diese Seiten geschrieben sind. «Das Buch wendet sich nicht ausgesprochen an Christen, die in ihrem Glauben fest gegründet sind und von seinem Inhalt nichts zu lernen haben. Für die Unruhigen ist es geschrieben, in der Kirche und außerhalb, das heißt für jene, die statt sich der Kirche ganz zu übergeben, ihr nur am Rande angehören oder sich gar von ihr entfernen, indem sie hoffen, über sie hinauszuwachsen.»

Teilhard nennt das Buch auch einen «Entwurf des inneren Lebens». Was hier ausgedrückt wird ist tiefstes religiöses Erleben und der Zugang dazu wird dem Leser oft durch poetische Bilder und Vergleiche erleichtert. Beim Lesen des französischen Originals könnte man denken, es sei unmöglich, in deutscher Sprache Inhalt und Form in der gleichen vollkommenen Harmonie wiederzugeben. Und doch erfüllt die vorliegende Übersetzung diese Aufgabe weitgehend. Dem Dichter und Geistlichen Josef Vital Kopp ist es gelungen, sich die Gedanken Teilhards so zu eigen zu machen, daß sie ohne Zwang und Verkrampfung in seiner deutschen Dichtersprache heimisch wurden und in dieser Verbindung die denkbar treueste Übersetzung von Teilhards Werk sind. B. W.

WELTRUNDSCHAU

Raketen statt Brot Die barbarische Kälte, unter der in diesem Winter unseres Mißbehagens Europa und Nordamerika leiden, ist so recht ein Spiegelbild der *sittlichen* Barbarei, die unseren «christlichen» und nichtchristlichen «Kulturkreis» tatsächlich kennzeichnet. Oder ist es etwa nicht ärgste Verrohung des Denkens und Empfindens, wenn — um einmal all unsere übrige Entmenschung auf der Seite zu lassen — Völker und Regierungen, unbelehrt durch zwei Weltkriege, den Frieden durch die Vorbereitung eines dritten Massenmordes sichern zu müssen vorgeben, einer ungeheuerlichen Kraftprobe also, die den größten Teil der Menschheit überhaupt auszutilgen Gefahr liefe? Die Führung in diesem irrsinnigen

Unterfangen haben immer mehr die Vereinigten Staaten, die im kommenden Haushaltjahr ihre Militärausgaben auf nicht weniger als 55,4 Milliarden Dollar steigern wollen, das sind zehn Milliarden mehr als sie noch vor drei Jahren für den gleichen Zweck ausgegeben haben. Für Kriegsrüstungen und Weltraumeroberung scheint Amerika eben unbegrenzt Geld zu haben, während es immer knapp an Mitteln ist, wenn es um den Krieg gegen Mangel und Not geht. Der Haushaltplan für das neue Finanzjahr, so schreibt zum Beispiel Karl E. Meyer aus Neuyork dem «New Statesman» (25. 1. 1963), «läßt nicht viel Hoffnung für einen wirklichen Angriff auf das Problem der Armut, die für mindestens einen Fünftel der Bevölkerung weiterbesteht — die ‚unsichtbaren Armen', die tatsächlich außerhalb der Wirtschaft bleiben und gerade noch das Notwendigste zum Leben haben». Und wie groß ist auch das Wohnungselend in den USA, haust doch (wie ein Fachmann feststellt) je eine von zehn amerikanischen Familien in einer zerfallenden Wohnung, während ein noch größerer Prozentsatz von Wohnungen ohne die gewöhnlichsten gesundheitlichen Einrichtungen (Wasserleitung, eigener Abort usw.) ist. Aber natürlich ist Amerika nicht der alleinige Sünder; in manchen «zivilisierten» Ländern Europas sieht es nicht viel besser aus, und wenn man erst an die unterentwickelten Länder denkt, so wird der Gedanke noch unerträglicher, daß die «gesittete» Welt heute für die Vorbereitung eines Atomkriegs Summen auswirft, die genügen würden, um den schlimmsten Hunger auf unserer Erde zu besiegen, aber eben *nicht* aufgebracht werden, weil das Kriegführen viel, viel wichtiger ist . . .

Es scheint jetzt zwar Aussicht zu bestehen, daß im Frühjahr die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion wenigstens ein Abkommen über die endgültige Einstellung aller *Kernwaffenversuche* zustandebringen. Aber wenn Frankreich und China an einem solchen Abkommen nicht beteiligt sind — was hat es dann für einen Wert? Und dann heißt eben Verzicht auf alle Kernwaffenversuche noch lange nicht, daß die Gefahr eines Atomkriegs selber gebannt wäre; die eigentliche Abrüstung würde davon überhaupt nicht unmittelbar berührt. Und inzwischen wird, wie gesagt, munter weiter aufgerüstet, so daß es in irgendeiner Ecke der Welt jederzeit zur Anwendung von Waffengewalt kommen kann. Beispielsweise in *Kuba*, wo zwar die sowjetischen Raketen und Bomber entfernt wurden, aber nach amerikanischen Angaben 17 000 russische Soldaten, Offiziere und Techniker geblieben sind, die für den Fall eines Angriffs aus den Vereinigten Staaten bereitstehen. Wie der amerikanische Außenminister Rusk kürzlich drohend bemerkte, werden die Vereinigten Staaten die Anwesenheit sowjetischer Truppenteile auf Kuba nicht mehr lange dulden; ein Grund zum Eingreifen gegen diese neue «tödliche Gefahr» für die USA wird sich mit Leichtigkeit finden lassen, zumal die Washingtoner Regierung schon seit einiger Zeit mit den lateinamerikanischen Staaten über die Notwendigkeit verhandelt, der von Kuba aus-

gehenden «Umsturztätigkeit» ein Ende zu machen. Und Präsident Kennedy selbst hat den aus kubanischer Gefangenschaft losgekauften Gegnern der Regierung Castro in aller Öffentlichkeit feierlich versprochen, die Fahne, die sie ihm zu treuen Händen übergeben hätten, werde dereinst «in einem freien Havana» aufgepflanzt werden . . .

Die Spaltung im Westlager Fürs erste hat man in Washington freilich andere Sorgen. Im Vordergrund aller Auseinandersetzungen im Schoße der Westmächte steht ja jetzt der dramatische *Vorstoß de Gaulles*, der den ganzen Atlantikbund zu sprengen droht. Die berühmte Erklärung des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar kam fast einer diplomatischen Kriegserklärung an die Angelsachsen gleich mit ihrem Nein gegen die von Kennedy vorgeschlagene Eingliederung Frankreichs in eine *westmächtliche Kernwaffenstreitmacht* und dem noch schrofferen und viel weniger erwarteten Nein gegen den Anschluß Großbritanniens an die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft*. Die Bestürzung und Aufregung, die General de Gaulle damit in der übrigen «freien Welt» hervorgerufen hat, ist unbeschreiblich; das Westlager gleicht geradezu einem aufgescheuchten Ameisenhaufen, in dem mit roher Hand alles durcheinandergebracht und das Unterste zu oberst gekehrt worden ist. Als einziges Zeugnis für diesen bemitleidenswerten Zustand seien die Äußerungen festgehalten, die der belgische Außenminister Spaak dieser Tage von sich gegeben hat. In der EWG, so stellte er fest, herrsche kein Vertrauen mehr. Die ganze Politik des Westens, wie sie seit 20 Jahren verfolgt werde, sei in Gefahr. De Gaulle werde immer nationalistischer und ermutige den Nationalismus in allen Ländern. Es gehe nicht an, daß sich ein einzelner Staatsman Europa als Führer aufdränge. Auch sei es nicht von Gutem, wenn aus einer Zusammenarbeit zweier Staaten — gemeint sind Frankreich und Westdeutschland — eine Achse entstehe, die sich gegen die anderen Länder richte. In all der Verwirrung, die de Gaulle angerichtet habe, sei es aber doch nötig, die Fühlung mit Großbritannien aufrechtzuerhalten.

Herr de Gaulle läßt sich durch alle solchen Vorwürfe und Klagen allerdings wenig beeindrucken. Er verfolgt unbeirrt seinen Plan weiter, ein konservativ-kapitalistisches, aber von den beiden angelsächsischen Mächten unabhängiges Westeuropa aufzubauen, in dem Frankreich die Führung hätte. Und durch die jüngste hochamtliche Besiegelung seines *Bundes mit Westdeutschland* (dem in Bälde vielleicht auch ein entsprechendes Abkommen mit Spanien folgen wird) hat er sich von vornherein eine Rückendeckung und eine Sicherung gegen Frankreichs Auskreisung geschaffen, die ihm jetzt die besten Dienste leistet. Er fühlt sich auf jeden Fall so sicher, daß er jede Kraftprobe mit den bisherigen Verbündeten wagen zu können glaubt. Die öffentliche Meinung Frankreichs steht offenbar überwiegend hinter ihm; von den fünf übrigen Teilhabern der EWG hat er trotz gewissen Drohungen,

die hier laut geworden sind, kaum etwas zu besorgen, und auch Amerika kann ihm nicht viel anhaben, da es im Fall eines Zusammenstoßes mit dem Osten sowieso ihm helfen müßte.

Am schwersten ist durch den Stoß de Gaulles natürlich zunächst das konservative *England* getroffen, das im Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Wunderheilmittel gegen seine fortschreitende wirtschaftliche Zerrüttung gefunden zu haben glaubte und sich nun einfach ganz umstellen muß. Der Labourpartei, die mehr und mehr gegen die heutige, rein kapitalistisch ausgerichtete EWG eingenommen ist, eröffnen sich dadurch für die spätestens im Herbst fälligen Neuwahlen vielversprechende Aussichten.

Aber über England hinaus zielte de Gaulle eben auch auf *Amerika*, das seine ganze Europapolitik, ja überhaupt seinen «großen Plan» für die Bändigung des Weltkommunismus gefährdet sieht. Man macht zwar im amtlichen Washington mehr oder weniger gute Miene zum bösen Spiel; die französische Eigenbrötelei, so redet man sich ein, ändere im Grund nichts daran, daß Westeuropa die amerikanische Hilfe gegen die kommunistische Drohung nötig brauche und zusammen mit England sowohl wirtschaftlich als politisch früher oder später doch seine Einheit finden müsse. Aber andere, eher unabhängige amerikanische Beobachter urteilen viel mißtrauischer. Sie nehmen die Gefahr für den Westbund wirklich ernst und glauben auch, daß de Gaulle in den Kommunisten nicht die mit allen Mitteln zu erledigenden Menschheitsfeinde sieht, als die sie in Amerika ausgegeben werden.

Besonders mißmutig ist man in den Vereinigten Staaten über die *Westdeutschen*, die man verdächtigt, sich mit de Gaulle zusammen gegen die Angelsachsen verschworen zu haben. Ein so einflußreicher Mann wie James Reston, der Washingtoner Chefkorrespondent der «New York Times», warnte sie ganz eindeutig vor der irrigen Meinung, Amerika werde ein Europa verteidigen, in dem Frankreich und die Bundesrepublik eigene Kernwaffen hätten, das England zurückstoße und sich politisch und wirtschaftlich auf sich selbst zurückziehe. «Adenauer», so schloß er, «muß nicht nur zwischen Frankreich und Großbritannien, sondern letzten Endes zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten wählen.»

Die Bonner Regierung ist so tatsächlich in eine ganz unangenehme Lage geraten. Mit den Vereinigten Staaten aufs engste verknüpft und auf sie völlig angewiesen, wenn sie ihre «Politik der Stärke» gegenüber dem Osten fortführen will, erklärt sie anderseits (mit Adenauers Worten), daß die Zusammenarbeit mit *Frankreich* die Grundlage ihrer ganzen Außenpolitik sei (so wie in de Gaulles Augen Westdeutschland seinerseits der Hauptpfeiler des von Frankreich zu erbauenden «neuen» Europa sein muß), und daß von ihr alles übrige, auch die Zukunft der EWG und das Verhältnis zu England, abhänge. Wie Bonn aus diesem Zwiespalt herauskommen soll, ist vorderhand unerfindlich. Oder hat de Gaulle, der Listenreiche, vielleicht auch dafür seinen Plan? Man

schreibt ihm tatsächlich da und dort die Absicht zu, Westdeutschland eine Art Ersatz für seine Verbindung mit Amerika anzubieten, indem er es auf den *Osten* hin auszurichten suche. Das schlösse zwar den Rückzug der Amerikaner aus Europa und die Neutralisierung und Entmilitarisierung eines wiedervereinigten Deutschlands ein, mit Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, böte aber den Deutschen auch die berauschende Aussicht, auf friedlichem Weg zu erreichen, was sie in zwei Weltkriegen nicht zu erreichen vermochten: die Gewinnung des ganzen europäischen und asiatischen Ostens als Rohstoff- und Lebensmittelgrundlage und als Absatzmarkt für deutsche Industriegüter.

Ob das wirklich die Pläne de Gaulles sind, weiß wohl niemand als er selber. *Wenn* sie es wären, dann würde ihre Verwirklichung allerdings eine weltpolitische Wendung von geschichtlichem Ausmaß einleiten. Dann hätte der Antikommunismus in Europa seine Rolle ausgespielt, der Kalte Krieg wäre beendet und eine Zeit des friedlichen Nebeneinanders und Kräftemessens zwischen dem kapitalistischen Westen und dem sozialistisch-kommunistischen Osten würde anbrechen. Das hieße aber auch, daß dann die Entwicklung weit über de Gaulles Vorstellung von einem durch Frankreich wirtschaftlich und militärisch beherrschten reaktionären Westeuropa hinausginge — in der Richtung auf ein *sozialistisches, abgerüstetes* Gesamteuropa zu. *Dagegen* aber würden sich alle kapitalistisch-imperialistischen Kräfte in Europa und namentlich in den Vereinigten Staaten mit letzter Leidenschaft erheben, sobald sich die Gefahr eines nahen Endes des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters auch für den Westen wirklich im Ernst abzeichnen sollte. Wir werden darum gut tun, nicht vielleicht ganz eitlen Wunschträumen nachzuhängen und einfach mitzuhelfen, dem neuen, sozialistischen, von der Kriegsfurcht befreiten Europa, das gewiß kommen wird, den Weg zu bereiten. Wobei es durchaus im Bereich des Möglichen, wenn nicht Wahrscheinlichen liegt, daß die sich offenbar anbahnende sowjetisch-amerikanische Verständigung über die Kernwaffenversuche auch auf weiteren Gebieten wirksam wird, auf denen sich die beiden «Großen» bisher vermeintlich unversöhnlich gegenüberstanden. Für die Vereinigten Staaten wäre das der beste Weg, um einer für sie bedenklichen *französisch*-russischen Verständigung zuvorzukommen und die ja doch notwendige friedliche Koexistenz mit der kommunistischen Welt — samt China — nach eigenem Gutdünken zu gestalten.

Die Lage in der DDR Ob sich aus der leichten Annäherung zwischen Moskau und Washington auch ein neuer Anlauf zur Lösung der *deutschen Frage* ergeben wird, liegt noch ganz im dunkeln. Der Standpunkt der Sowjetunion, die vor allem Grund hat, eine erträgliche Lage mindestens in Berlin zu wünschen, ist nach allen Äußerungen ihrer führenden Männer unverändert. Kernforderung bleibt die Einstellung der Bekriegung des ostdeutschen

Staates von Westberlin aus, die ihren Ausdruck fände in der Erklärung Westberlins zur Freien Stadt mit international gewährleisteter Selbstbestimmung und der rechtlichen oder doch tatsächlichen Anerkennung der DDR durch die Westmächte. Die «Schandmauer» könnte dann abgetragen werden, und der berühmten Freiheit Westberlins könnte niemand mehr etwas anhaben. Ja, auch zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten hin wäre damit ein vielleicht entscheidender Schritt getan.

Auf westmächtlicher Seite liegen freilich keinerlei Anzeichen vor, daß diesen östlichen Begehren künftig eine freundlichere Aufnahme gewährt würde als bisher. Hingegen hat Chruschtschew mit seiner wohlbedacht maßvollen Rede am jüngsten Parteitag der *ostdeutschen Kommunisten* (der SED) zum mindesten ein Einlenken der Vereinigten Staaten (auf die es ja in erster Linie ankommt) nicht erschwert. Sein Hauptanliegen war überhaupt nicht Berlin, sondern — Peking. Das Aufgebot von kommunistischen Abordnungen aus der ganzen Welt, die zu dieser Tagung erscheinen mußten, eingeschlossen die Vertretung der jugoslawischen Ex-«Verräter», bildete einen eindrucksvollen Rahmen für die Auseinandersetzung mit den chinesischen Radikalinski und die erneute Bekundung des Willens zur friedlichen Koexistenz mit der kapitalistischen Welt, die eine Hauptvoraussetzung für den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in den Ländern des Ostblocks bildet, die aber gerade deswegen im Westen so beharrlich abgelehnt wird.

Beschleunigter Aufbau des Sozialismus war denn auch der vorherrschende Gegenstand der Verhandlungen des SED-Parteitags selber. Mit gutem Grund; die innere Lage der DDR, besonders ihre wirtschaftliche Entwicklung, ist in den letzten zwei Jahren dermaßen kritisch geworden, daß eine deutliche Wendung zum Guten kommen *muß*, wenn die ostdeutsche Republik ihr Daseinsrecht weiterhin glaubhaft machen soll. Nicht daß wir die DDR etwa mit den Augen einer «Neuen Zürcher Zeitung» sehen würden, die einen eigenen Korrespondenten in Berlin sitzen hat mit dem Auftrag, alles zusammenzutragen, was sich an Nachteiligem über die «Ostzone» sagen läßt, und die jede Woche mindestens einmal seinen Normalartikel über «die katastrophale Wirtschaftslage in Ulbrichts Satellitenstaat» veröffentlicht. Aber Tatsache ist eben doch — wie wir aus zuverlässigen privaten Berichten wissen —, daß alle Steigerung und Vermannigfaltung der Erzeugung industrieller wie landwirtschaftlicher Güter nicht hinreicht, um nach bald 18 Jahren Friedenswirtschaft endlich eine befriedigende Versorgung *aller* Volksschichten mit dem Notwendigen oder gar dem Erwünschten zu sichern. Der Gegensatz zu den Verhältnissen in Westdeutschland ist *zu* kraß — darüber helfen keine Beschönigungen der Gegenwart und keine Vertröstungen auf die Zukunft hinweg.

Hier setzt darum auch das neue Wirtschaftsprogramm ein, das zusammen mit einem neuen Parteistatut am 6. SED-Parteitag beschlos-

sen wurde. «Seine zentrale Idee», so liest man in einer ostdeutschen Veröffentlichung («DDR-Revue» Nr. 1/1963), «besteht darin, die Vorzüge der Arbeiter- und Bauernmacht und der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch die umfassende Anwendung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik voll zu nützen.» Im Rahmen einer mehr und mehr vereinheitlichten Wirtschaftsplanung der Ostländer sollen die Organisationsformen von Industrie, Handel und Landwirtschaft der DDR gänzlich umgestaltet, die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der Betriebe und Betriebsgruppen genauer abgegrenzt und der Parteiapparat entsprechend umgebaut und angepaßt werden. Dadurch soll namentlich die Ergiebigkeit der Arbeit ganz wesentlich erhöht werden, steht sie doch sogar nach amtlichen Zugeständnissen im Durchschnitt um 25 Prozent unter derjenigen der Bundesrepublik (in Wirklichkeit bestimmt weit tiefer). Kaufmännische Methoden mit Gewinn- und Verlustrechnung sollen mehr als bisher angewandt und die sozialistische Planwirtschaft gleichzeitig zweckmäßiger geordnet werden, unter Ausschaltung der zahlreichen Fehlerquellen, die bisher ihren Ertrag geschmälert haben.

Mit all diesen Reformen soll eine neue Runde im Kampf um ein sozialistisches Deutschland beginnen. «Das Hauptziel dieser neuen Runde besteht selbstverständlich darin» (wie der Ostberliner Berichterstatter des Basler «Vorwärts» am 25. Januar schreibt), «in absehbarer Zeit die sozialistische Gesellschaftsform in der DDR materiell so attraktiv zu gestalten, daß neben ihr die heute noch so starke Blendkraft des westdeutschen Wirtschaftswunders, ja sogar einer helvetischen Dauersuperhochkonjunktur mehr und mehr verblassen muß.»

Wie dieses Ziel erreicht werden soll, nimmt einen doch wunder, wenn man gleichzeitig dem neuen Wirtschaftsplan entnehmen muß, daß vorderhand der private Verbrauch und der Wohnungsbau wie bisher eingeschränkt bleiben sollen. Voraussetzung für das Gelingen des Versuches wäre nach unserer Meinung in erster Linie, daß in der ostdeutschen Bevölkerung der *Wille zum Sozialismus* und die Bereitschaft zu persönlichen Opfern im Blick auf das Wohl der Gemeinschaft viel stärker würde, als das bisher der Fall ist. Dazu besteht aber nach unserer Kenntnis der Dinge wenig Aussicht. Auch in der DDR herrscht das privat-egoistische Denken und Wollen, das die kapitalistische Wirtschaft und die darauf aufgebaute Gesellschaftsform kennzeichnet, weitaus vor. *Darum* der Drang, das Heil im «goldenen Westen» zu suchen; *darum* die Massenabwanderung von Arbeitskräften aller Art, nicht zuletzt von Technikern, Wirtschaftsfachleuten, Lehrern, Ärzten usw. in die Bundesrepublik, wo dem (im kapitalistischen Sinne) «Tüchtigen» freie Bahn winkt; darum auch die unendlichen Schwierigkeiten, auf die der Übergang vom ungehemmt frei schaltenden und verdienenden Einzelbauern zum Mitglied eines genossenschaftlich geordneten Landwirtschaftsbetriebs stößt. Keine Sperrmauer, aber auch kein Parteidrill und keine ausgeklügelten persön-

lichen Anreize zu höherer Leistung können die frei gewonnene sozialistische Gesinnung ersetzen, die allein die gemeinwirtschaftlichen Betriebsformen und Einrichtungen mit Leben und Wirkungskraft zu erfüllen vermöchte. Dies um so weniger, als Staat und Partei in der DDR ihren Sozialismus auf eine rein naturalistisch-materialistische Lebensanschauung gründen (dieselbe, aus der die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft erwachsen ist!), sich also selber der tiefsten und stärksten Kräfte berauben, aus denen je und je sozialistische Gesinnung geflossen ist — der Kräfte einer sittlich-religiösen Lebensgestaltung. Unzählige Menschen, die für den Sozialismus offen wären, wenn er nur nicht als marxistisch-leninistische Ersatzreligion aufträte, werden dadurch von der Mitarbeit am Aufbau einer neuen Volksgemeinschaft abgeschreckt. Dazu kommen dann die täglichen Fehlgriffe der kommunistischen Bürokratie auf allen möglichen Lebensgebieten, die ganz unnötigerweise die Menschen massenhaft vor den Kopf stoßen. (Ich könnte davon auch ein paar Beispiele erzählen — Fälle, die sich im Laufe der Jahre gewiß millionenfach wiederholen.) Kurz, das Regime hat es einfach nicht verstanden, die Volksmehrheit in der DDR für den neuen Staat zu gewinnen. Mit bloß duldendem Gewährenlassen der Obrigkeit durch die Mehrheit einer Bevölkerung, die eben nichts anderes machen kann, und entsprechend diktatorischem Auftrumpfen der herrschenden Oberschicht ist auf die Länge keine lebensvolle sozialistische Ordnung aufzubauen!

Und doch *hat* die DDR ein volles Lebensrecht! Sie hat es als Schutz gegen eine Ausdehnung des Machtbereiches des Westlagers bis an Oder und Neiße hin, zum Vorstoß gegen Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion. Und sie hat es als Vorstufe für ein geeintes Deutschland, das mit dem durch Adenauer versinnbildlichten reaktionär-kapitalistischen Deutschland nichts mehr gemein hat. Solange *dieses* Deutschland besteht, ist das Dasein eines *anderen*, dem Sozialismus zustrebenden Deutschlands schlechthin eine Notwendigkeit, so sehr wir wünschen mögen, daß es die ihm zugefallene geschichtliche Aufgabe besser erfülle, als es das bisher vermocht hat.

Unbewältigte Vergangenheit Statt selbstgerecht über die DDR abzuurteilen und ihre Fehler und Mißgriffe zu belauern, täten also die Bundesdeutschen und ihre Helfer in anderen Ländern viel besser, auf die Mißstände und Fehlleistungen in der Bonner Republik selber zu achten und deren Überwindung zu erstreben. Ein weites Feld solcher Betätigung bieten ja vor allem die *Rückstände aus dem tausendjährigen Reich* (dessen vor 30 Jahren erfolgte Gründung letzthin «gefeiert» wurde), die sogenannte unbewältigte Vergangenheit des angeblich völlig erneuerten westlichen Deutschlands. Daß die westdeutsche *Wirtschaft* von Männern und Unternehmungen getragen wird, die großenteils schon in das national-«sozialistische» System eingespannt waren, ist von vornherein offen-

kundig. Die Westmächte verpflichteten sich zwar im Potsdamer Abkommen dazu, die deutsche Wirtschaft von diesen Helfern Hitlers zu säubern, und ein Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats griff denn auch aus der Unzahl der Förderer Hitlers 42 westdeutsche Großindustrielle heraus, die in besonderem Maß «an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen mitschuldig» gewesen seien. Aber bald kamen fast alle diese Herren mit amerikanischer, britischer und französischer Hilfe wieder munter ins Geschäft, und heute spielen jedenfalls die kapitalistischen Wirtschaftskapitäne in der neuaufgebauten westdeutschen Rüstungsindustrie und in der Vorbereitung eines dritten Stoßes gegen Osten eine Hauptrolle.

Ebenso wimmelt es aber auch in den *staatlichen* Einrichtungen der Bundesrepublik von ehemaligen Nationalsozialisten. Nach einer Aufstellung des (Ost-)Deutschen Friedensrats vom Juli 1962 waren von den damaligen 21 Mitgliedern der Bundesregierung, eingeschlossen die Staatssekretäre, 20 durch ihre politische Vergangenheit belastet, obschon sie natürlich seinerzeit alle amtlich «entnazifiziert» worden sind. 84 Prozent der leitenden Posten im Auswärtigen Amt und in den Botschaften sind mit ehemaligen Hitler-Diplomaten besetzt. Und wenn sich an solchen Stellen je einmal ein nicht ganz zuverlässiger Vertreter der neu-alten deutschen Außenpolitik befindet, so wird er weggeekelt (wie letzthin der Pressechef der westdeutschen Botschaft in Bern) oder hat endlose Schwierigkeiten mit seinen Oberen. Natürlich stand (nach der erwähnten Quelle) Mitte 1962 die übermoderne Wehrmacht der Bundesrepublik unter dem Befehl von 183 Generalen und 9562 Stabsoffizieren aus der Hitlerzeit. In der Justiz sieht's nicht viel besser aus. Etwa 65 Prozent aller Staatsanwälte und Richter der Bundesrepublik und der Länder waren bereits in der Nazizeit Diener der damaligen «Rechtspflege». Außerdem haben etwa 250 SS- und Gestapoführer leitende Posten in der westdeutschen Polizei inne. Wie soll sich bei dieser ganzen Sachlage ein neuer Geist in der Bundesrepublik durchsetzen, der mit dem Ungeist des Dritten Reiches wirklich gebrochen hätte? In der DDR steht es da unbestreitbar wesentlich anders!

Ein besonders düsteres Bild zeigt die Bundesrepublik mit ihrem *Schulwesen*. Für Kriegsrüstungen gibt sie Milliarden und Milliarden aus; ihre Schulen vernachlässigt sie in einfach sträflicher Weise. «Weniger als ein Prozent vom bundesdeutschen Netto-Sozialprodukt», so schreibt Ulrich Sonnemann im «Merkur» (Nr. 12/1962), «ist von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen im Hausthaltsjahr 1959/60 für Wissenschaft und Forschung ausgegeben worden, und weniger als ein Zehntel der benötigten Sanierungssumme von mindestens fünf Milliarden Mark für die bundesdeutschen Hochschulen ist in den jüngsten Haushaltsplänen insgesamt bewilligt.» Es sei offenbar den Bürgern der Bonner Republik vollkommen zumutbar, «daß in einem Lande, von dessen akademischer Tradition man vor weniger als zwei

Menschenaltern noch in fernsten Weltgegenden mit einer Art ehrfürchtigem Schauder sprach, nun medizinische Doktorgrade verliehen werden, welche, da sie denen der Vereinigten Arabischen Republik nicht gleichwertig sind, in Ägypten nicht mehr anerkannt werden. Daß für das Studium der Physik, Chemie und Pharmakologie, an vielen gerade der größten Universitäten auch der Medizin, nicht etwa eine strenge Vorprüfung, sondern der Nachweis verlangt wird, daß der Student einen Praktikanten- oder Arbeitsplatz im Laboratorium zu erobern vermocht hat; daß, der ‚Liberalen Studenten-Zeitung' zufolge, solche Plätze unter Hamburger Studenten bis zum Preis von 200 DM gehandelt werden; und, während Milliarden ins Ausland fließen, um vermeintlich weniger entwickelten Völkern zu helfen, in Erlangen im Frühling 1961 von eintausend Medizin-Aspiranten 40 angenommen werden konnten. Daß dem Deutschen Wissenschaftsrat zufolge es juristische Seminare gibt, in denen für mehr als tausend Studenten 150 Arbeitsplätze und zwei oder drei Exemplare einer Monographie vorhanden sind, die 400 Studenten alle gleichzeitig für eine Übungsarbeit benötigen. Daß für 1300 Seminaristen in Freiburg sieben Räume zur Verfügung stehen. Daß die Studienzeit um ein bis zwei Jahre, bei den Chemikern sogar um drei Jahre, ausgedehnt wird, nicht weil die Anforderungen strenger geworden wären, sondern weil die Studenten, die darauf warten, daß Seminarplätze für sie frei werden, solange mit Vorlesungen abgespeist werden, so daß wiederum die Abiturienten, die in immer noch wachsender Zahl nachdrängen, um ebenso viele Jahre länger darauf warten müssen, anfangen zu dürfen, zu warten.»

Bitter bemerkt der Verfasser des Aufsatzes in der genannten deutschen «Zeitschrift für europäisches Denken»:

«Im Land der zehntausend Millionäre und der anderthalb Millionen Monatsrenten im Betrag von hundertfünfzig Mark ist all das zumutbar: warum auch eigentlich sollte es eine Ausnahme bilden? Warum etwa sollte es an den bundesdeutschen Universitäten, von denen es insgesamt beinahe so viele gibt wie in der Stadt Warschau Theater, nobler zugehen als an den Schulen des Landes? Der Schichtunterricht ist erwiesenermaßen sowohl gesundheitsschädlich als auch unproduktiv: kein Grund, im Vaterland Herbarts, des Wirtschaftswunders und der unbegrenzten Zumutbarkeiten, ihn im dreizehnten Jahr der Bundesrepublik und des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs durch Schulneubauten abgeschafft und gesetzlich verboten zu haben, und keiner für deutsche Eltern, über gelegentliche Proteste und Eingaben hinaus das Mindeste in der Sache zu tun. Zumutbar sind Klassen von zweiundsechzig Schülern. Zumutbar ist es, daß jede sechste Schule eine Turnhalle besitzt; der Lehrerberuf so erbärmlich dotiert und infolgedessen so unterbesetzt ist, daß Niedersachsen einen pädagogischen Volkssturm von Hausfrauen mit Abitur aufbieten mußte. Ställe und Verschläge als Klassenzimmer, keine Fachräume für die Naturwissenschaften und keine für Kunst und Musik, ein Schichtbetrieb bis gegen

20 Uhr in einer Volksschule von Salzgitter und ein muffiger Kasten, der, dem ‚Spiegel' zufolge, ‚1552 errichtet und 1908 zum letzten Mal renoviert' wurde, als Schule für 62 oberpfälzische Kinder: das sind die Zustände, für deren Erhaltung die regierende Partei des Landes noch die schüchternsten Anträge der Opposition, ja interfraktioneller Gruppierungen niederstimmte, die auf ihre Änderung aus waren . . .»

Solche Volksbildungsanstalten im «Lande der Dichter und Denker» — es ist in der Tat niederschmetternd. Die dafür verantwortlich sind und die es dulden, sie hätten wahrlich allen Grund, vor der eigenen Tür zu wischen, statt sich alle Tage über den Nachbar zu entrüsten, der mindestens im Schulwesen Leistungen aufzuweisen hat, die bei allen Sünden der DDR wider die Geistesfreiheit musterhaft und verheißungsvoll sind!

USA-Neger – eine revolutionäre Kraft?

Im Hintergrund aller weltpolitischen Auseinandersetzungen — das muß am Schluß dieser Rundschau wieder einmal klar gesagt sein — steht freilich, neben der Entwicklung des Kommunismus zu neuen Kampfformen, vor allem die Frage, ob und wann in den *Vereinigten Staaten* ein gründlicher Umschwung der öffentlichen Meinung, und das heißt der Machtverhältnisse, eintritt. Dabei wird nicht die unwichtigste Rolle einer Kraft zufallen, deren Bedeutung in Europa meistens sehr unterschätzt wird: dem *amerikanischen Negertum*. Es ist uns darum willkommen, daß die Neuyorker «Monthly Review» (im Novemberheft 1962) im Zusammenhang mit den jüngsten Rassenkämpfen im Staat Mississippi die Negerfrage einmal ins rechte Licht rückt. Es handelt sich, kurz gesagt, einfach darum, ob die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten die dauernde Unterstützung des schwarzen Bevölkerungsteils zu gewinnen vermag, oder ob sich im Gegenteil das Negertum in den USA zu einer revolutionären Kraft entwickelt.

Die längste Zeit stellte sich diese Frage überhaupt nicht. Die amerikanischen Neger blieben auch nach der Sklavenbefreiung, die sich heuer zum hundertsten Mal jährt, nicht nur politisch mehr oder weniger rechtlos, sondern vor allem auch wirtschaftlich und gesellschaftlich unterdrückt, ausgebeutet, unwissend — auf der untersten Stufe der Klassenpyramide stehend. Das hat sich nun aber ganz gründlich zu ändern begonnen. Die amerikanischen Neger — wir folgen immer der genannten Zeitschrift — sind aufs stärkste von den beiden großen und eng ineinander verflochtenen Revolutionen des 20. Jahrhunderts erfaßt worden: der sozialistischen und der antikolonialen Revolution. Die Neger haben das Bewußtsein ihrer Menschenwürde, ihrer persönlichen und bürgerlichen Rechte, ihres Anspruchs auf Wohlstand, Bildung und Kultur gewonnen. Gleichzeitig sind aber die Vereinigten Staaten zur führenden Macht im Kalten Krieg gegen den Sozialismus aufgestiegen und brauchen Unterstützung in allen Ländern und bei

allen Volksschichten in der Welt, besonders auch bei den unterentwickelten und erst neuestens politisch befreiten Völkern. Und da diese Völker meist farbiger Rasse sind, ist die Lage und Behandlung der amerikanischen Neger von ausschlaggebender Bedeutung im internationalen Leben geworden. Die kapitalistische Oberklasse in den Vereinigten Staaten weiß (in ihren weitsichtigsten Vertretern wenigstens), daß sie den gesellschaftlichen Aufstieg der Neger bis zu einem gewissen Grade selber fördern muß, wenn sie irgendwie Hoffnung haben soll, den größeren, weltweiten Kampf gegen den Sozialismus zu gewinnen.

Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es bei weitem nicht genügt, die Neger *rechtlich* den Weißen gleichzustellen und sie so scheinbar in die amerikanische Gesellschaft einzugliedern. Die Neger sind darüber längst hinaus; sie verlangen immer bewußter die *tatsächliche*, die *soziale* Gleichberechtigung, die Entthronung der weißen «Herrenrasse», den vollen Anteil am Reichtum der USA, den sie miterarbeiten. Das übersehen die braven Liberalen in Amerika ebenso wie die europäischen Sozialdemokraten, die jeden Fortschritt in der Aufhebung der Rassenschranken, besonders in den amerikanischen Südstaaten, auch als Erfolg des bürgerlich-kapitalistischen Lagers im Kalten Krieg feiern. Es geht in Wirklichkeit jetzt darum, ob die soziale Gleichberechtigung der Neger auf dem Boden des Kapitalismus überhaupt möglich ist oder ob nicht der Aufstieg der Neger zu vollem Menschentum die Sprengung der ganzen Klassenordnung voraussetzt, die jetzt mit ihrem fast erdrückenden Gewicht auf der schwarzen Unterschicht lastet. Wenn die amerikanischen Neger überzeugt sein können, daß die Regierenden in den USA im Grunde die gleichen Ziele und Ideale haben wie sie selber, dann werden sie dem herrschenden System treu bleiben, auch wenn es mit der Herstellung der vollen Gleichheit noch lange gehen sollte. Glauben sie aber, daß ihnen die bestehende Ordnung keine wirkliche Hoffnung für die Abschaffung von Ausbeutung, Minderberechtigung und Rassenherrschaft gibt, dann wird sich der Geist der Empörung gegen das ganze sozialwirtschaftliche System der Vereinigten Staaten unaufhaltsam weiterverbreiten.

Die Großzahl der amerikanischen Neger hat hier ihre Entscheidung noch nicht getroffen. Ihre maßgebende Organisation gibt sich immer noch der holden Täuschung hin, daß die Negerbevölkerung allmählich doch vollkommen in die «amerikanische Lebensform» hineinwachsen werde. Auf der anderen Seite gibt es eine kleine Minderheit unter den Negern — die «Schwarzen Muselmanen» —, die bereits den Untergang der ganzen weißen Zivilisation und die unbedingte Überlegenheit der schwarzen Rasse verkünden und einen eigenen, den Negern allein vorbehaltenden Gebietsteil — also eine umgekehrte «Apartheid» — fordern. Die Mehrheit der Neger in den USA schwankt zwischen beiden Gruppen, und die Regierenden bemühen sich mehr und mehr, die Sache der «Anpasser» zu fördern, durch

Unterstützung des Kampfes des Negerstudenten Meredith zum Beispiel um seine Zulassung zur Staatsuniversität von Mississippi. Aber die Bundesregierung ist hier in einem peinlichen Zwiespalt. Sie möchte wohl die politische Unterstützung der Neger, besonders im Norden, gewinnen, fürchtet aber, durch den Schutz der Neger des Südens vor weißen Fanatikern die «Herrenrasse» immer mehr zu erzürnen, ja sie zu offener Empörung aufzustacheln. Und das politische System im Bund beruht eben durchaus auf dem Zusammenspannen von konservativen Nordrepublikanern und reaktionären Süddemokraten; wehe der Regierung, die sich die Oberklasse des Südens endgültig zum Feind macht! Die politische Entrechtung der Neger und die rassenmäßige Spaltung der Arbeiterschaft in den Südstaaten ist Lebensbedingung für die ganze gesellschaftliche Ordnung der Südstaaten. «Ein Angriff auf die eigenartigen Einrichtungen des Südens», so faßt die «Monthly Review» zusammen, «wäre also in Wirklichkeit ein Angriff auf das ganze politische Gefüge der heutigen Vereinigten Staaten ... Die großen Tagesfragen — Imperialismus und Kolonialismus, Krieg und Frieden, Automation und Arbeitslosigkeit — würden auf das *politische* Kampffeld verschoben, auf das sie gehören. Neue Kräfte würden ins Leben treten, neue Gedanken hervorgelockt, neue Bestrebungen erweckt. Die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten will von all dem nichts wissen ...» Und doch: «Die Neger sind auf dem Weg, sich aus verhältnismäßig gefügigen Holzhauern und Wasserträgern in einen erbitterten und möglicherweise revolutionären Feind im eigenen Lager zu verwandeln.»

Eine allzu kühne Zukunftsschau? Vielleicht. Aber sollte nicht dem amerikanischen Negerproletariat, wie den Proletariervölkern in der ganzen Welt, dennoch die geschichtliche Rolle zufallen, die das «Kommunistische Manifest» dem Proletariat überhaupt zuteilt: daß es sich als die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft «nicht erheben, nicht aufrichten (kann), ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird»?

8. Februar *Hugo Kramer*

Frauen streiken für den Frieden

Es ist nicht das erste Mal, daß die politische Betätigung der Frauen von ihrer Umgebung als Herausforderung empfunden wird. Vor 128 Jahren gründeten amerikanische Frauen die Frauenliga gegen die Sklaverei. In Philadelphia hielten sie eine große Versammlung ab. Amerikanische Männer warfen die Fensterscheiben ein, während diese Frauen im Innern des Gebäudes den Reden lauschten, und später zündeten sie das Versammlungslokal an. So protestierten damals Männer dagegen, daß Frauen für die Abschaffung der Sklaverei wirkten, gerade wie heute manche Männer nicht dulden wollen, daß Frauen für die Abschaffung des Krieges arbeiten.

Vor einem Jahrhundert war die Frauenliga gegen die Sklaverei überzeugt, daß die Sklaverei abgeschafft werden müsse, wenn Amerika das Land der Freien sein sollte. Wenn heute Frauen für den Frieden streiken, so ist es, weil sie überzeugt sind, daß der Krieg abgeschafft werden muß, wenn Amerika das *Land der Lebenden* sein soll.

Aus der amerikanischen Presseübersicht der WISP